

40
80

Union in Deutschland

Bonn, den 5. November 1980

Der Wähler zahlt jetzt die Zeche

Es gilt vor allen Dingen die Glaubwürdigkeit der eigenen politischen Aussagen zu erhalten und zu steigern, erklärte Helmut Kohl in der Sitzung des Bundesvorstandes am 3. Nov. 1980 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. „Richtschnur unserer Politik bleibt das unter Beachtung der Grundsatzprogramme von CDU und CSU erarbeitete Wahlprogramm“, stellte der Parteivorsitzende in einem Grundsatzreferat vor den Mitgliedern des Bundesvorstandes fest.

Es gilt jetzt die eigenen Grundpositionen offensiv einzusetzen und den Mitbürgern in einer überzeugenden Sprache das politische Angebot der Union zu erläutern und nahezubringen.

Helmut Kohl stellte klar, daß die Union in den zentralen Punkten der deutschen Politik ein gemeinsames Handeln nie abgelehnt habe. Wenn die SPD/FDP-Koalition angesichts ihrer bedrängten Lage heute jedoch nach mehr Gemeinsamkeit rufe, dann müsse sie sich sagen lassen, daß die Union nicht der Hilfsmotor einer Bundesregierung sei, die sich dieser Unterstützung immer nur dann bedienen wolle, wenn sie Hilfe benötige, um aus einer nahezu ausgewogenen Situation herauszukommen. Die schwierige Lage für die Koalition zeige sich darin, daß SPD und FDP sich nach der

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ DEUTSCHLAND-POLITIK

HELMUT KOHL:

Für eine gründliche Bestandsaufnahme Seite 2

HEINER GEISSLER:

Bilanz ziehen ohne Schuldbekennnis Seite 3

FRANZ JOSEF STRAUSS:

Mauer aus Propaganda und Täuschung zusammengebrochen Seite 7

Union ist keine Neinsager-Partei

Seite 8

■ KÜNSTLER

Regierung sollte unverzüglich neuen Gesetzentwurf für Sozialversicherung vorlegen Seite 11

■ WOHNUNGSBAU

Privatinitiative muß sich wieder lohnen Seite 12

■ INFORMATIONEN

Nächster Bundespartei-tag vom 8. bis 11. März 1981 in Mannheim Seite 13

■ DOKUMENTATION

Bessere Bundespolitik für die Gemeinden und ihre Bürger / Kommunalpolitisches Aktionsprogramm für den 9. Deutschen Bundestag grüner Teil

HELMUT KOHL:

Für gründliche Bestandsaufnahme der Deutschland- und Ostpolitik

Das Präsidium hat am 27. Oktober 1980 in Bonn folgender Erklärung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl zur Außen- und Deutschlandpolitik zugestimmt:

Die Abgrenzungspolitik Ost-Berlins zeigt, daß die inneren Probleme in den Gesellschaften des Warschauer-Pakt-Systems zu einer massiven Verhärtung

der sowjetischen Strategie geführt haben. Als Folge davon scheut sich die SED nicht, einschneidende Maßnahmen auf dem Rücken ihrer eigenen Bevölkerung auszutragen und zugleich eingegangene vertragliche Verpflichtungen zu verletzen.

Dies belastet jede Entspannung. Um so dringlicher wird es, gemäß der unver-

(Fortsetzung von Seite 1)

Wahl gezwungen sähen, in nahezu allen Bereichen ihre Wahlversprechen zurückzunehmen.

Wörtlich sagte der Vorsitzende:

„War es 1976 der Rentenbetrug, so erleben unsere Mitbürger nach dem 5. Oktober 1980 die Offenbarung einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik, deren Zeche jetzt alle Bürger bezahlen müssen. Die wirtschaftlichen Eckdaten signalisieren einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und den Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums, wodurch auch das gesamte System der sozialen Sicherung berührt wird.“

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik kritisierte der Parteivorsitzende, daß die Bundesregierung ihre im Rahmen der NATO feierlich abgegebene Verpflichtung, das Verteidigungsbudget an die Notwendigkeiten anzupassen, zurücknehmen wolle. Die Vorgänge in Polen und die damit zusammenhängenden Abgrenzungsmaßnahmen der DDR offenbarten das Ende der von der Koali-

tion gehegten Illusionen über die Entspannungspolitik.

Zusammenfassend stellte Helmut Kohl fest: Für die Koalition naht die Stunde der Wahrheit. Sie muß jetzt die Karten rückhaltlos auf den Tisch legen und dem Volk einen ungeschminkten Bericht über die tatsächliche Lage, die sie vor der Bundestagswahl bewußt falsch dargestellt hat, und die noch verbleibenden Möglichkeiten der deutschen Politik geben. Dabei werde es, so fuhr der Parteivorsitzende fort, die neue SPD-Bundestagsfraktion der Bundesregierung zusätzlich erschweren, mit ihren Problemen fertig zu werden. Zum erstenmal seit 1921 habe sich in der SPD-Fraktion des Parlaments eine Linksguppe institutionalisiert, ohne daß die Fraktionsführung die Kraft aufgebracht habe, dieses zu verhindern. Helmut Kohl wertete dies als einen Beweis für den fortschreitenden Prozeß der Desintegration im Lager der führenden Regierungspartei, der die Handlungsfähigkeit des Bundeskanzlers weiter entscheidend einschränke.

zichtbaren Forderung der Union, unserer Ost- und Deutschlandpolitik einen unmißverständlichen, klar definierten Begriff realistischer Entspannung zugrunde zu legen. Ost und West verstehen unter Entspannung Verschiedenes. Für den Westen heißt Entspannung: Menschenrechte und Gleichgewicht. Für den Osten heißt Entspannung: Unterdrückung und Übergewicht. Nur Klarheit in den Begriffen und Zielen garantieren eine klare, für Freund und Gegner berechenbare Politik.

Die Ereignisse in der DDR und Polen zeigen, daß ein unauflösbarer Widerspruch zwischen tatsächlicher Entspannung und dem kommunistischen Herrschaftsanspruch der eigenen Bevölkerung gegenüber besteht. Der Osten steht immer wieder unter dem Zwang, das Rad der Entspannung zurückzudrehen, weil die Bevölkerung den Gedanken der Freiheit nicht aufgibt und jede Möglichkeit nutzt, ihren Freiheitsraum zu erweitern.

Die CDU schlägt eine gründliche Bestandsaufnahme aller Parteien zum Ost-West-Verhältnis und zur deutsch-deutschen Situation vor. Die CDU ist nicht bereit, nachträglich eine Mitverantwortung für die bisherige Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu übernehmen. Es geht vielmehr darum, die gemeinsamen Fundamente unserer Deutschland- und Außenpolitik freizulegen und der Deutschland- und Ostpolitik eine realistische Grundlage zu geben.

Grundlage unserer Deutschland- und Außenpolitik bleibt die historische Grundentscheidung Konrad Adenauers für den Anschluß an den Westen, für die politische Einigung Europas sowie für das Bündnis mit Amerika. Sie gilt auch für die 80er Jahre.

Die CDU tritt weiterhin für eine Politik der Verständigung und Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes ein. Die Sowjetunion muß jedoch akzeptieren, daß nicht sie einseitig die Bedingungen unserer Politik diktieren kann. Realistische Außenpolitik setzt die Bereitschaft voraus, den Interessen der anderen Seite die eigenen Interessen mit Festigkeit gegenüberzustellen. Auf dieser Basis muß um einen friedlichen Interessenausgleich gerungen werden, wobei der Westen auf seine unaufgebbaren Ziele von Frieden und Freiheit nie verzichten darf.

HEINER GEISSLER:

Bilanz ziehen ohne Schuldbekenntnis

Generalsekretär Heiner Geißler gab am 30. Oktober der Zeitung „Die Welt“ nachfolgendes Interview:

„Die Welt“: Ein Manko im Bundestagswahlkampf der Union war es, daß sie zwar die Wende in Bonn angekündigt, sie aber inhaltlich nicht ausgefüllt hat. Statt dessen hat sie sich im wesentlichen auf die Grundlagen von 1949 besonnen ...

Geißler: Diese Einschätzung muß ich korrigieren. Wir haben auf den wichtigsten Gebieten der Politik eine klare Alternative entwickelt. Beispielsweise haben wir in der Außenpolitik gesagt, eine Stärkung des NATO-Bündnisses und eine Verbesserung des Verhältnisses zu den USA sind Voraussetzungen für eine wirksamere Ost- und Deutschlandpolitik. Alternativen haben wir auch zum Beispiel in der Renten- Fami-

lien- und Energiepolitik aufgezeigt. Aber vielleicht war der Begriff geistige Wende zu anspruchsvoll.

„Die Welt“: Woran lag es dann, daß der 5. Oktober so ausgegangen ist?

Geißler: Die eigentliche Überraschung waren die Sozialdemokraten. Das ist auch jetzt noch ein Phänomen, daß die Partei, die den Kanzler stellt, praktisch ihr Ergebnis von 1976 nicht übertroffen hat. Die Enttäuschung bei der SPD ist entsprechend groß. Die Gründe, warum die Union bei 44,5 Prozent angekommen ist, sind vielschichtig. Der Wähler ist ja kein Homunkulus, der rein monokausal entscheidet. Da fließen viele Motive ineinander. Wir haben eine Wahlnachfrage in Auftrag gegeben. Sie wird Anfang Dezember vorliegen. Dann wird man Genaueres wissen. Aber ganz sicher, das kann ich jetzt schon sagen, hätten wir bei den Erst- und Jungwählern mehr Stimmen bekommen müssen, um die Wahl zu gewinnen.

„Die Welt“: Sie sagen selbst, der Kanzlerbonus hat nicht durchgeschlagen. Aber die Stimmen sind von der Union zur FDP geflossen?

Geißler: Das Stimmensplitting zeigt, daß sie zum Teil der FDP zugeflossen sind. Es gab mehr Bürger als 1976, die die Koalition wählen wollten, aber nicht die SPD. Diese haben FDP gewählt. Die SPD als Partei hat die Wahl verloren.

„Die Welt“: Das FDP-Kalkül ist also aufgegangen?

Geißler: Kurzfristig ja, ob längerfristig, das wird sich zeigen. Ich habe da meine Zweifel. Eine Partei, auf die Bürger, die eigentlich lieber CDU oder auch SPD wählen würden, ausweichen, weil sie im Moment Vorbehalte gegen die anderen Parteien gehabt haben, steht auf keinem sehr sicheren Boden.

„Die Welt“: Sie, Herr Geißler, haben mit der Union vielfältige Erfahrungen gemacht. Sind Sie überrascht, daß es bisher so gut wie keine Personaldiskussion gibt?

Geißler: Nein, davon bin ich nicht überrascht. Die CDU hat während des Wahlkampfes solidarisch gehandelt und einen sehr effektiven Wahlkampf geführt, mit einem gemeinsamen Kandidaten und einem gemeinsamen Programm. Wenn wir gewonnen hätten, dann hätten wir gemeinsam gewonnen. Jetzt haben wir gemeinsam verloren. Die Union muß auch aus der Geschichte lernen. Die Auseinandersetzungen vor vier Jahren haben der Union geschadet. Und daß uns viele Jungwähler nicht gewählt haben, hängt ganz sicher auch damit zusammen, daß die größere Sachkompetenz der Union über Monate oder sogar Jahre hindurch überdeckt und überlagert worden war durch eine permanente Personaldiskussion. Dies darf sich nicht wiederholen.

„Die Welt“: Helmut Kohl hat am Wahlabend als positives Element eine aus dem Wahlkampf erwachsene stärkere Solidarität zwischen CDU und CSU hervorgehoben. Was heißt das jetzt konkret?

Geißler: Ich möchte hier Helmut Kohl zustimmen, der für diese Solidarität viel getan hat. Als erstes wichtiges Ergebnis kann man feststellen, daß die Gedanken, Ideen und Strategien der letzten Jahre, durch eine Spaltung der Unionsparteien bessere Wahlergebnisse erzielen zu wollen, überholt sind.

Zweitens: Der Wahlkampf hat CDU und CSU zusammengeschweißt.

Drittens: Ich hoffe nicht, daß einige nach den Erfahrungen der letzten Jahre noch einmal den Fehler machen werden, sachpolitische Auseinandersetzungen

gen von vornherein umzufunktionieren in Auseinandersetzungen um Personen.

„Die Welt“: Herr Geißler, gibt es ein Stillhalteabkommen der führenden Unionspolitiker, was Personalentscheidungen betrifft?

Geißler: Es gibt kein Abkommen, sondern dies ist ein Ergebnis der praktischen Vernunft der führenden Politiker beider Parteien.

„Die Welt“: Es hat überrascht, daß schon kurz nach der Wahl die Stimmen in der Union zunehmen, die eine neue ostpolitische Linie der CDU/CSU zumindest in Stil und Methode verlangen. Ist das auch ihr Plädoyer?

Geißler: Es geht nicht um eine Abkehr von unserer bisherigen Deutschland- und Ostpolitik, sondern um eine in die Zukunft gerichtete Weiterentwicklung. Es geht weiter darum, vorhandene Gemeinsamkeiten zwischen Regierung und Opposition zu nutzen. Dieses Angebot haben wir gemacht. Ob die Regierung und ihre Parteien die Fähigkeit besitzen, darauf einzugehen, wird sich zeigen. Ich plädiere auch dafür, daß wieder mehr auf die Begriffe und Inhalte geachtet wird. Die Deutschland- und Ostpolitik ist auch belastet worden durch falsche Begriffe. Dazu gehören Worte wie „kalter Krieger“ oder „Wir brauchen die Opposition nicht“.

Und wenn die SPD sich beschwert fühlt wegen des Vorwurfs der „Moskau-Fraktion“, dann sollte sie erst den Vorwurf von der Nichtfähigkeit zum Frieden, den sie gegen uns erhoben hat, vom Tisch nehmen und sehr ernsthaft darüber nachdenken, ob es richtig ist, kommunistische Begriffe mit variablen Inhalten wie Defensivcharakter des Warschauer Paktes, Berufsverbot, Stamokap und ähnliches in der innenpolitischen Aus-

einandersetzung gegen uns zu verwenden.

„Die Welt“: Auch die Union sollte nachdenken...

Geißler: Natürlich müssen auch wir uns Gedanken darüber machen, wieso es der SPD so leicht gelungen ist, zumindest gegenüber einem großen Teil der Bevölkerung, mit der Parole „Die Union ist zum Frieden nicht fähig“ Eindruck zu machen. Dies kann ganz sicher nicht gelegen haben an der Substanz unserer Politik, sondern mag seine Gründe in der Art und Weise haben, wie sich der eine oder andere gerade in der Ost- und Deutschlandpolitik ausgedrückt hat. Man muß auch die Erfolge sehen, die diese Politik gehabt hat. Zum Beispiel müssen wir einfach anerkennen, daß die KSZE-Konferenz in Helsinki mit ihren Beschlüssen den Menschen in Osteuropa auch geholfen hat.

„Die Welt“: Also, auch die Union hat Fehler gemacht?

Geißler: Die CDU ist keine Partei, die für sich in Anspruch nimmt, daß sie keine Fehler machen kann.

„Die Welt“: Heißt Ihre Empfehlung an die Union, den zehnjährigen Streit über das Zustandekommen der Ostverträge zu beenden und statt dessen jetzt mit diesen Verträgen Politik zu machen?

Geißler: Die geschichtliche Beurteilung der Verträge bleibt, daß sie besser hätten ausgehandelt und verabschiedet werden können. Davon unterscheiden muß man die Politik, die bei Beachtung der völkerrechtlichen Positionen mit diesen Verträgen gemacht werden kann. Und insoweit, glaube ich, muß die historische Betrachtung jetzt in den Hintergrund, und die Möglichkeiten auf dem Boden der Verträge Politik zu machen, stärker in den Vordergrund treten. Die kommunistischen Staaten sind eine

Realität. Man kann sich zum Beispiel als Schachspieler nicht auf den Standpunkt stellen, das Brett habe nur 32 Felder.

„Die Welt“: Das heißt aber auch, daß es beim „Pacta sunt servanda“ nicht bleiben kann?

Geißler: Allein nicht. Aber das war ja auch bisher nicht der Fall. Unsere zusätzlichen positiven Vorstellungen in der Deutschlandpolitik und Ostpolitik liegen vor. Das gilt vor allem für die Menschenrechtsfrage. Denken Sie an die zukunftsgerichteten Beschlüsse unseres Düsseldorfer Parteitages, die in der Praxis weiterentwickelt werden müssen. Die Welt steht ja nicht still.

„Die Welt“: Ihnen ist sicherlich bewußt, daß Sie zu einem Zeitpunkt für eine politische Öffnung der Union plädieren, in dem der Osten verstärkt Abgrenzung praktiziert?

Geißler: Wir könnten jetzt zwar sagen, wir haben recht behalten. Ganz sicher ist das in der Analyse der Entspannungspolitik auch der Fall. Wir sind keine Illusionisten. Aber das beinhaltet auch die Chance, mit der Regierung über eine realistische und gemeinsame Ost- und Deutschlandpolitik zu sprechen. Ob dies möglich ist, hängt weitgehend von der Regierung ab. Aber gerade weil die östlichen Staaten sich gegenwärtig verhärten, halte ich mehr nationale Gemeinsamkeiten in der Deutschland- und Ostpolitik für das Gebot der Stunde.

Jede Opposition in einem demokratischen Staat soll die Hauptauseinandersetzung mit der Regierung nicht in erster Linie und schwerpunktmäßig in der Außenpolitik suchen. Dies ist nur dann möglich, wenn es um globale Fehlentwicklungen geht, die für die Existenz eines Volkes entscheidend sind. In anderen Zeiten muß es zu einer zwischen

Regierung und Opposition abgestimmten Position in der Außenpolitik kommen. Das nationale Interesse hat immer Vorrang vor dem Parteiinteresse. Die Regierung macht einen großen Fehler, wenn sie wie bisher an der Opposition vorbei Außenpolitik betreiben will. Hier liegt vor allem eine Aufgabe für den Bundesaußenminister, die Union durch Information und arbeitsteilige Strategie mit einzubeziehen.

„Die Welt“: Wie könnte eine ost- und deutschlandpolitische Bestandsaufnahme der Parteien erfolgen, die — wenn ich Sie richtig interpretiere — nicht von einem Schuldeingeständnis der einen oder anderen Seite abhängig gemacht werden darf?

Geißler: Dies könnte vor allem geschehen einmal durch die Regierungserklärung, indem der Bundeskanzler eine nicht beschönigende, sondern nüchterne Bilanz zieht. Dies würde es der Opposition ermöglichen, dasselbe auf ihrer Seite zu tun. Und ich glaube, das ist auch eine Aufgabe des Parlaments, daß in den kommenden Monaten diese Bestandsaufnahme erarbeitet wird.

Weiskirch wurde BAS-Vorsitzender

Der Wehrexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch, ist zum Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (BAS) gewählt worden. Wie die Arbeitsgemeinschaft in Bonn bekanntgab, unterhalten die Trägerverbände der Organisation gegenwärtig über 60 Soldatenheime. Der BAS gehören die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, der Deutsche Bundeswehrverband und die Arbeiterwohlfahrt an.

FRANZ JOSEF STRAUSS:

Mauer aus Propaganda und Täuschung zusammengebrochen

Die Mauer aus Propaganda und Täuschung, welche die SPD/FDP im allgemeinen und Helmut Schmidt im besonderen während der Wahlkampfmonate aufgerichtet haben, um den Bürgern den Blick auf die politischen Wirklichkeiten zu versperren, ist zusammengebrochen.

Seit dem 6. Oktober schlagen der Bundesrepublik Deutschland die Stunden der bitteren Wahrheiten. Kein Tag vergeht, ohne daß die Bevölkerung mit neuen Hiobsbotschaften überschüttet wird.

Die Zeit der großen Sprüche, mit denen Schmidt und seine Koalition über die Wirklichkeit glaubten hinwegtäuschen zu können, ist endgültig vorbei. Ich sage es ohne jede Schadenfreude, und ich wäre im Interesse unseres Volkes froh, wenn es anders gekommen wäre: All das, was ich seit Jahren an Warnungen und Mahnungen an die Adresse der Regierungen Brandt und Schmidt immer wieder vorgetragen habe, all das, was sich für mich aus politischer Erfahrung und historischer Einsicht an Analyse ergeben und als Konsequenz abgezeichnet hat, wird jetzt schmerzliche Wirklichkeit. Vor wenigen Wochen noch taten Schmidt und sein Koalitionsblock meine Kritik, meine Bewertungen und meine Prognosen zu deutscher Politik nach Art von SPD/FDP als verleumderische Panikmache und unchristliche Angstmacherei ab.

Während Schmidt in einer für uns alle lebensgefährlichen Selbstüberschät-

zung das Bild einer heilen, in keiner Weise bedrohten und auch im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich vollkommen gesicherten politischen Welt in unserem Lande zeichnete, wußte er in Wahrheit längst, wie es um die Lage in Deutschland steht. Wider besseres Wissen wurde — um nur ein Beispiel herauszugreifen — mein beschwörender Dauerappell für eine solide und sparsame Haushaltspolitik, für die Beendigung einer katastrophalen Schuldenmacherei und für eine im Interesse der jungen Generation stehende zukunftsträgliche Finanzpolitik als unangebrachtes und unbegründetes oppositionelles Krisengeschrei beiseite geschoben.

Jetzt erfährt der Bürger Tag für Tag und Stück für Stück, was auf ihn an Belastungen, an Einbußen und Einschränkungen zukommt. Weil unsere Mahnungen jahrelang in den Wind geschlagen wurden, steht die Bundesrepublik Deutschland heute finanzpolitisch am Abgrund. Nur noch brutale Eingriffe in gewohnte Leistungen, mit denen SPD/FDP jetzt, nach dem Wahltag, die Bürger erschrecken und belasten, können die endgültige Katastrophe verhindern. Hätte man auf uns gehört, hätte man rechtzeitig den Kurs korrigiert, wäre eine Sanierung der Staatsfinanzen auf weit weniger schmerzliche Weise möglich gewesen.

Ein in diesen Tagen unumgängliches zweites Beispiel der politischen Wahrheit für SPD/FDP: Die kaltschnäuzige

Politik des kalten Krieges, die Moskau und sein SED-Satellit Honecker gegen die Bundesrepublik Deutschland verfolgen, bestätigt all das, was CDU/CSU im allgemeinen und ich im besonderen seit Jahren an warnender Kritik gegen eine Ostpolitik gefährlicher Illusionen und einseitiger Vorleistungen vorgebracht haben. Die Ratlosigkeit, in der sich die SPD/FDP-Regierung heute offenkundig befindet, bestätigt die Torheit der jahrelang und gebetsmühlenhaft von den Regierungen Brandt und Schmidt erhobe-

nen Behauptungen, daß es speziell zu ihrer Art von Ostpolitik keine Alternative gebe.

Die Wirklichkeit zeigt, daß sich SPD/FDP selbst in einer Position ohnmächtiger Alternativlosigkeit befinden.

Die politische Wahrheit mag man lange Zeit vom Bürger fernhalten können, auf Dauer ist dies nicht möglich. Die Wochen des bitteren Erwachens, die nach dem 5. Oktober angebrochen sind, haben ihr Ende noch lange nicht gefunden.

Die Union ist keine Neinsager-Partei

In wichtigen Bereichen der praktischen Außenpolitik besteht, nach Auffassung von MdB Alois Mertes, bereits seit Jahren eine starke Übereinstimmung und Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition. Der insbesondere von der SPD verbreitete Eindruck, die CDU/CSU sei in der Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik eine Neinsager-Partei, geht daher an den Tatsachen vorbei.

In Wirklichkeit hat die CDU/CSU in der zu Ende gehenden Legislaturperiode alle wesentlichen Verhandlungspositionen der Bundesregierung in allen internationalen Gremien, in denen die Bundesrepublik Deutschland vertreten ist, konstruktiv mitgetragen. Dies gilt insbesondere für alle Abrüstungspositionen der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel, Wien, Genf und New York.

Die CDU/CSU selbst sollte dieses Ja zu den bündniskonformen Positionen der Bundesregierung der letzten vier Jahre noch stärker ins öffentliche Bewußtsein tragen. Führende SPD-Politiker haben hingegen dem Außenminister in schwerwiegenden Fragen der Rüstungsbegrenzung und Sicherheit im-

mer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen.

Auch der von den Regierungsparteien verbreitete Eindruck, die CDU/CSU beteilige sich nicht an den Ost-West-Kontakten, ist völlig falsch. Die CDU/CSU hat vielmehr an allen wichtigen politischen Ost-West-Kontakten des Bundestages aktiv teilgenommen, zum Beispiel an der Deutsch-Sowjetischen Parlamentariergruppe, am Deutsch-Polnischen Forum und anderen bilateralen und multilateralen Ost-West-Begegnungen. Die Bedenken der CDU/CSU gegen spektakuläre Ost-West-Gipfeltreffen des Stils Schmidt/Honecker oder Schmidt/Gierek richteten sich gegen die Erniedrigung des Ost-West-Dialogs zu innenpolitischen Zwecken. Stille Diplomatie ist besser als lautes Show-Geschäft.

Daher bleibt die Union für einen kontinuierlichen und ernsthaften Dialog mit Moskau und seinen Verbündeten. Dies gilt gerade auch in Zeiten der Krise. Es gilt, denjenigen Stimmen entgegenzutreten, die aus Mangel an Kenntnis der parlamentarischen Behandlung der Außenpolitik falsche Eindrücke in der deutschen Öffentlichkeit verbreiten.

■ KOALITION

SPD spart und kündigt

SPD-Schatzmeister Friedrich Haltenberg will seiner tiefverschuldeten Partei drastische Sparmaßnahmen verordnen: 40 bis 80 Angestellte in der SPD-Zentrale sollen laut „Der Spiegel“ entlassen werden. Die geplanten Etat-Kürzungen könnten auch die Existenz der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts“ gefährden. Das über 100 Jahre alte Traditionsblatt der SPD (Auflage derzeit: 53 903) ist aufgrund früherer Fehler im Management, mit über sechs Millionen Mark Schulden belastet. Zusätzlich zwei Millionen Mark werden dringend für Investitionen gebraucht. Weil der Verlag die Mittel nicht aus eigener Kraft aufbringen kann, müßte letztlich die selbst hochverschuldete Partei einspringen.

Überlegungen, den „Vorwärts“ einzustellen und den Titel auf die Mitgliederzeitung „Sozialdemokrat Magazin“ zu übertragen, stoßen allerdings in der Partei auf Widerstand. Ein SPD-Medienpolitiker: „Das gibt Ärger, da war das Theater um die ‚Hamburger Morgenpost‘ nichts dagegen.“

Jusos gegen Bundeswehr

Wichtige Teile der SPD wollen nicht wahrhaben, daß die Bundeswehr einen rein defensiven Auftrag hat; sie wollen nicht begreifen, daß die Bundeswehr seit 25 Jahren ein Instrument der Friedenssicherung ist. Dies erklärte zu den Angriffen der Jungsozialisten im SPD-Bezirk Hannover gegen eine für den 11. November geplante öffentliche Gelöbnisfeier der Bundeswehr der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/

CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger. Er fuhr fort: Nachdem es — im Unterschied zu früheren Epochen deutscher Geschichte — gelungen ist, die Bundeswehr voll in die demokratische Gesellschaft unseres Landes zu integrieren, wollen viele SPD-Mitglieder sie offenbar mit allen Mitteln wieder in ein Getto abdrängen. Die SPD ist unfähig, sich geschlossen mit der Tatsache der Existenz der Bundeswehr abzufinden.

Die Tiraden der Jungsozialisten gegen die Bundeswehr sind offiziell vom SPD-Bezirk Hannover verbreitet worden. Das wirft die Frage auf, welcher Wert den zahlreichen Bekenntnissen des Bundeskanzlers zur Institution Bundeswehr und zu ihrem Recht auf öffentliche Selbstdarstellung eigentlich zuzumessen ist.

SPD feuert prominenten Antikommunisten

Der Chef der Berlin-Abteilung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Ministerialdirigent Hermann Kreutzer, ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Der bereits seit Juli beurlaubte Kreutzer hatte sich den Unwillen Frankes zugezogen, als er unter Berufung auf eigene Kenntnisse aus zwölfjähriger Haft in DDR-Gefängnissen behauptet hatte, der damalige Vertreter Ost-Berlins in Bonn und heutige stellvertretende DDR-Außenminister Michael Kohl habe einst als Spitzel der sowjetischen Geheimpolizei „sozialdemokratische Genossen ans Messer geliefert“. Ein Disziplinarverfahren gegen den 56jährigen Beamten hatte Franke einleiten lassen, nachdem Kreutzer behauptet hatte, in der SPD seien 40 000 „Einflußagenten“ der SED tätig. Den Anstoß zur Entlassung Kreutzers hatte dessen Brief an den

Bundestag gegeben, in dem er sich darüber beschwerte, daß Franke ihm das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung entzogen habe.

Flughafen-Protest: Austritte bei der SPD

Aus Protest gegen die geplante Erweiterung des Frankfurter Flughafens haben SPD-Mitglieder in den angrenzenden Gemeinden eine Welle von Parteiaustritten in Gang gesetzt. Allein im Ortsverein Moerfelden-Walldorf gaben nach Angaben des Ortsvereinsvorsitzenden Jürgen May in den vergangenen Tagen mehr als 30 Genossen ihr Parteibuch zurück. Auch in anderen Gemeinden des Landkreises Groß-Gerau seien SPD-Mitglieder ausgetreten. May erwartet, daß im Unterbezirk 300 bis 400 Austritte zusammenkommen könnten.

Unregelmäßigkeiten mit Zivildienstgeldern

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, ein SPD-Mitglied, ist in die Schußlinie seines sozialdemokratischen Parteifreundes, des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Reimut Jochimsen, und des FDP-Abgeordneten Friedrich Hölscher geraten. Beide lasten Iven an, dem von ihm erfundenen „Betreuungsverband Zivildienst“ rund 2,7 Millionen Mark aus Steuergeldern zu Unrecht gezahlt zu haben. Hierzu erklärte Willi Weiskirch, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Sollte sich der dringende Verdacht des Mißbrauchs öffentlicher Gelder in dieser beachtlichen Höhe bewahrheiten, wäre Iven sicherlich auf seinem Posten nicht mehr zu halten.

Iven hat sich auch in der ihm zugemessenen Arbeit als Zivildienstbeauftragter

nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Man erinnert sich wohl seiner Gaukeleien mit scheinbar „vorhandenen“ und „belegbaren“ Zivildienstplätzen, die es bei näherem Hinsehen nicht gab. Und man denke an sein Unvermögen, die Uralt- und Altbestände an anerkannten Ersatzdienstleistenden tatsächlich auch einmal abzubauen.

Girgensohn soll Gelder für Broschüre erstatten

Schwere Vorwürfe hat der Landesrechnungshof gegen NRW-Kultusminister Jürgen Girgensohn (SPD) erhoben. Rechnungsprüfer werfen dem Minister vor, gegen die Landeshaushaltsordnung in einer „ins Gewicht fallenden Häufung und Massivität“ verstoßen zu haben.

Girgensohn hatte für die Herstellung einer Broschüre mit dem Titel „Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen“ im Dezember letzten Jahres 333 264,38 DM ausgegeben. Der Senat unter dem Vorsitz des Präsidenten des Landesrechnungshofes, Günter Heidecke (SPD), ist zu dem Schluß gekommen, daß — rechtlich gesehen — die Gelder zurückgezahlt werden müßten und bittet NRW-Regierung und Landtag um Mitteilung darüber, „wie die für die Broschüre zu Unrecht verausgabten Beträge wieder dem Landeshaushalt zugeführt werden können“.

Die CDU hatte seinerzeit beanstandet, daß die Broschüre im Vorfeld des Wahlkampfes veröffentlicht worden sei. Das bestätigte jetzt der Landesrechnungshof: Zur Herausgabe der Broschüre habe keinerlei Anlaß vorgelegen; und zudem habe die Schrift sich nicht auf die Wiedergabe von Fakten beschränkt, sondern sei wertend vorgegangen.

■ KÜNSTLER-VERSICHERUNG

Die Regierung sollte unverzüglich neuen Gesetzentwurf einbringen

Das Problem der sozialen Absicherung der selbständigen Künstler und Publizisten ist weiterhin ungeklärt. Die Versprechungen für eine gesetzliche Regelung der Künstler-sozialversicherung, die Bundesregierung und SPD/FDP nach 1976 erneut in der Wahlkampfzeit gegeben haben, bleiben unerfüllt.

Dabei war die nochmalige Behandlung des Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG) im Bundesrat allenfalls ein Abgesang, der angesetzt war, um den Schwarzen Peter der Opposition anzudrehen, erklärten MdB Anton Pfeifer und MdB Volkmar Köhler in Bonn.

Die Ursachen dafür, daß es zu Ende der 8. Legislaturperiode immer noch kein Künstlersozialversicherungsgesetz gibt, sind:

1. Die Bundesregierung hat den zweiten Gesetzentwurf mindestens zwei Jahre zu spät eingebracht und damit von vornherein die Chancen, in dieser Materie zu einer vernünftigen Einigung zu gelangen, auf ein Minimum reduziert.
2. Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf präsentiert, um dessen verfassungs- und sozialrechtliche Fragwürdigkeit sie ebenso wußte wie um die zwangsläufig zu erwartende Auseinandersetzung.
3. Bundesregierung und Koalitionsparteien haben sich mit der besseren Al-

ternative der Opposition nie ernsthaft auseinandergesetzt; sie haben auch nie versucht, zu einem Konsens mit der Opposition über das KSVG zu kommen. Daß durch die Mängel dieses Gesetzes nun auch die zwischen bildenden Künstlern und Galeristen bereits erarbeitete Vereinbarung scheitert, ist bedauerlich.

Bundesregierung und SPD/FDP haben es ein weiteres Mal versäumt, dieses sozial- und kulturpolitisch ebenso dringende wie schwierige Problem einer sachgerechten Lösung zuzuführen.

Das Projekt der Künstlersozialversicherung darf nicht noch einmal zwei Jahre verschleppt werden. Am allerwenigsten darf es in die Rotstiftüberlegungen des Bundesfinanzministers einbezogen werden. Die CDU/CSU fordert daher die Bundesregierung auf, im 9. Deutschen Bundestag unverzüglich einen neuen Gesetzentwurf einzubringen, der

- die Sozialversicherung der Künstler systemkonform in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung eingliedert;
- die über 50jährigen miteinbezieht;
- die Gruppe der wirtschaftlich Schwächeren (Mindestbeitragszahler) ausreichend absichert;
- die verfassungsrechtlichen Bedenken der ersten beiden Entwürfe ausräumt und
- die Verschwendung von Mitteln für eine neue Bürokratie vermeidet.

■ WOHNUNGSBAU

Privatinitiative muß sich wieder lohnen

Bildung von mehr Wohneigentum — Verbesserung des Mietwohnungsangebots — Abbau der Unterversorgung von besonders hilfsbedürftigen Haushalten sind die Aufgaben der Wohnungsbaupolitik in den 80er Jahren. Sie können nur dann gelöst werden, wenn die Wohnungswirtschaft schrittweise in eine sozial abgesicherte Marktwirtschaft überführt und die Privatinitiative im Wohnungsbau wieder geweckt wird, stellte MdB Friedrich-Adolf Jahn fest.

Vordringliche Aufgabe der Wohnungspolitik der 9. Legislaturperiode ist, den privaten Investor und sein Kapital wieder für den Wohnungsbau zu gewinnen. Die Lähmung der privaten Investitionsbereitschaft durch die verfehlte Wohnungsbaupolitik der Koalition kann mit staatlichen Mitteln nicht ausgeglichen werden. Um den privaten Investor wiederzugewinnen, bedarf es neben der Verbesserung der allgemeinen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch einer Verbesserung der steuerlichen Instrumente des Wohnungsbaus.

Die Bildung von privatem Eigentum ist in Zukunft verstärkt zu fördern. Die Leistungsbereitschaft des Eigenheimers ist eine der größten Chancen des Staates, Privatkapital in den Wohnungsbau zu lenken.

Die Bausparförderung ist als Instrument der Eigentumsförderung — gezielter

ausgestattet zugunsten junger Familien — fortzuführen.

Die Steuervergünstigung des § 7 b EStG hat sich als Instrument zur Förderung des Wohneigentums außerordentlich bewährt. Nicht Einschränkung, sondern Anhebung der seit 15 Jahren unveränderten abzugsfähigen Höchstbeträge des § 7 b sowie die Eröffnung der Möglichkeit der Normalabschreibung auch für Einfamilienhäuser ist hier die überfällige Korrektur.

Angebot und Nachfrage auf dem Mietwohnungsmarkt müssen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Es ist ein Fehlschlag der regierungsamtlichen Wohnungspolitik, wenn der Neubau von Mietwohnungen und die Erhaltung des Bestandes nur noch durch die öffentliche Förderung gesichert werden kann. Der Wohnungsmarkt hat unter Ein-schluß des sozialen Wohnungsbaus grundsätzlich ein sich selbst tragender Bereich zu sein, in welchem die Erträge wenigstens die laufenden Aufwendungen des Wirtschaftsgutes Wohnung decken müssen. Die gesetzlichen Vorschriften haben diesem Ziel zu dienen, anstatt es zu vereiteln.

Der freifinanzierte Wohnungsbau bedarf verbesserter steuerlicher Anreize. Die Verteufelung des sog. Bauherrenmodells führt allenfalls zur Vertreibung auch noch der letzten privaten Kapitalgeber aus dem Mietwohnungsbau.

Die Vorschriften zum Schutz des Mieters müssen nicht weitergehen, als dies zu seinem Schutz wirklich geboten ist. Am Verbot der Kündigung zum Zwecke der Mieterhöhung ist festzuhalten. Darüber hinausgehende Einschränkungen der Vertragsfreiheit oder des Eigentums müssen aber beseitigt werden. Dem Eigentümer muß wieder die Möglichkeit eingeräumt werden, am Markt orientierte Mieten zu erzielen.

■ INFORMATION

Parteitag im März 1981

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 3. November 1980 in Bonn unter Leitung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl beschlossen, den nächsten Bundesparteitag in der Zeit vom 8. bis 11. März 1981 in Mannheim abzuhalten. Auf diesem Parteitag soll die satzungsgemäße Neuwahl der CDU-Führung vorgenommen werden. Zur Vorbereitung des Bundesparteitages und zur Planung des politischen Arbeitsprogramms für 1981 kommt der Bundesvorstand am 12. und 13. Dezember 1980 zu einer Klausurtagung zusammen.

Wohnraumnot schränkt Bildungsfreiheit ein

Die katastrophale Wohnraumversorgung der Studenten ist Ausdruck und Folge der Misere auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt. Sie ist mehr noch als die Auswirkungen von Numerus-clausus-Spuren geeignet, die Freiheit der Berufswahl und die Bildungsfreiheit zu beeinträchtigen, erklärte der Vorsitzende des Bundestags-Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, MdB Oscar Schneider:

Die Wohnungsnot der Studenten läßt sich, wie sich erwiesen hat, nicht allein über die Förderung des Studentenwohnraumbaus und die Bereitstellung von Wohnheimplätzen lösen. Es ist vielmehr Aufgabe und Auftrag der allgemeinen Wohnungsbaupolitik, die Voraussetzungen dafür schaffen zu helfen, daß nicht zuletzt Studenten und Auszubildende mit preislich angemessenem Wohnraum versorgt werden können.

Die Möglichkeit zur Umwidmung und zu entsprechendem Umbau von leerstehenden Gebäuden der öffentlichen Hand zur Linderung der akuten studentischen Wohnungsversorgungsprobleme sollten genutzt werden. Ohnehin sollten Bund, Länder und Gemeinden prüfen, ob Studentenwohnraum nicht einfacher, schneller und preiswerter durch Umbau und Modernisierung geeigneter Althausprojekte in den Innenstädten als durch den Neubau von neuen und teuren Wohnheimplätzen bereitgestellt werden kann. Insoweit sollten verstärkte und verbesserte Anreize gegeben und wieder die Bereitschaft der privaten Vermieter geweckt werden, Zimmer an Studenten und Auszubildende zu vermieten.

Schulen gegenüber Kommunismus zu unkritisch

Die jüngste Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen zwingt nach Auffassung des Fraktionsvorsitzenden der Berliner CDU, Heinrich Lummer, zur Überprüfung der Berliner Politik. Lummer verlangte die Aufgabe der unkritischen Haltung gegenüber Theorie und Praxis des Kommunismus, wie sie in den vergangenen Jahren an unseren Schulen und im vorparlamentarischen Raum üblich geworden sei. Der Verzicht auf eine geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus müsse durch eine sachliche und engagierte Diskussion ersetzt werden.

Streikrecht für Beamte Ende des Beamtentums

Anläßlich der Streikdrohungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) und des Gewerkschaftstages in Mainz erklärte die stellvertretende CDU-Vorsitzende und rheinlandpfälzi-

sche Kultusministerin Hanna-Renate Laurien, sie hoffe, daß die Auffassung sich durchsetze, daß die GEW nachdrücklich die Forderungen der Lehrer zur Sprache bringen könne, ohne zu streiken.

Hanna-Renate Laurien warnte: Die Bejahung eines Streikrechtes für Beamte signalisiert das Ende des Beamtentums. Der Beamte, der in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat stehen muß, erbringt Dienstleistungen für die Bevölkerung, die nicht durch Streik gefährdet werden dürfen. Man kann nicht nur die eine Seite des Beamtentums haben wollen — nämlich soziale Sicherheit — und die andere Seite — den Dienst am Bürger — austreichen wollen.

Es ist in der gegenwärtigen Situation zu wünschen, daß sich Lehrerverbände nicht nur mit Arbeitszeit und Vergütungen der Lehrer, sondern auch nachdrücklich mit dem Inhalt der Schule und ihrem Einziehungsauftrag befassen.

Ölsparerfolge beweisen Leistungsfähigkeit des Markts

Zu den erfreulichen Meldungen der letzten Zeit über die guten Ergebnisse beim Öleinsparen erklärte MdB Ludwig Gerstein, der Hauptgrund für diese scheinbar überraschenden Sparerfolge sei in dem einmalig hohen Preisanstieg beim Öl zu suchen. Der Markt habe darauf hervorragend reagiert. Die unmittelbar daraufhin erfolgten Öleinsparungen bewiesen die Leistungsfähigkeit unserer marktwirtschaftlichen Ordnung in dem Teil des Energiebereichs, in dem Einzelentscheidungen der Verbraucher ohne Bürokratie schnell möglich seien.

Gerstein weist darauf hin, daß gerade im Energiebereich von manchen SPD-

Politikern die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung immer wieder ignoriert und in Frage gestellt wird, und daß dirigistische Maßnahmen gefordert werden. Da aber Zwangsmaßnahmen zur Energieeinsparung vor allen Dingen negative Wirkungen wie mehr Bürokratie und Kontrolle haben und ihre Erfolge hinter solchen Maßnahmen zurückbleiben, die an marktwirtschaftlichen Rahmendaten orientiert sind, ist der Bundeswirtschaftsminister aufgerufen, sich in den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP für den Vorrang marktwirtschaftlicher Lösungen einzusetzen und sich den entgegenlaufenden Bestrebungen in der SPD zu widersetzen.

Er kann dabei die Sparerfolge der letzten Monate als Beweis für die Leistungsfähigkeit des Marktes einführen. Er sollte auch davor warnen, die Einmal-Sparerfolge fortzuschreiben und daran Erwartungen zu knüpfen, wir könnten ohne den soliden Verbund von Kohle und Kernenergie die zukünftige Energieversorgung sichern.

Ausländerzahl verdoppelt

Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländer hat sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Nach einer in Düsseldorf veröffentlichten Übersicht stieg ihre Zahl zwischen 1969 und 1979 von 667 000 auf 1 277 000. Die Ausländer stellen an Rhein und Ruhr 7,5 Prozent der Bevölkerung. Die Türken haben an diesem Zuwachs den größten Anteil. Ihre Zahl verfünffachte sich von 90 000 im Jahre 1969 auf 452 000 im Jahre 1979. Als einzige Nationalität verzeichneten die Spanier einen leichten Rückgang um vier Prozent.

UID im Abonnement

Für die Dauer des Bundestagswahlkampfes 1980 erhielt ein Teil unserer Bezieher „Union in Deutschland“ zusätzlich auf Kosten der CDU-Bundespartei. Die Einweisung dieser Bezieher erfolgte Mitte Juni. Der Bundesgeschäftsstelle ist es nicht möglich, diese kostenlosen Belieferungen nach dem 5. Oktober beizubehalten. Vielfache Reaktionen bestätigen uns jedoch, daß „Union in Deutschland“ für die aktive politische Arbeit unentbehrlich ist.

Aus diesem Grunde möchten wir auf die Möglichkeit hinweisen, den Bezug im Rahmen des Abonnements fortzuführen. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,— DM einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer.

Wenn Sie den anhängenden Coupon ausfüllen und uns zusenden, werden Sie ab 1. Januar 1981 zum Bezug des Informationsdienstes eingewiesen. Machen Sie bitte auch solche Parteifreunde, die den UID noch nicht regelmäßig bezogen haben, auf diese Möglichkeit aufmerksam. Für den Fall einer Bestellung erhalten Sie die restlichen Nummern dieses Jahres gratis.

Bestellschein

Union Betriebs-GmbH

Postfach 24 49

5300 Bonn 1

Hiermit bestelle ich ab 1. Januar 1981 bis auf Widerruf den Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands „Union in Deutschland“ zum Jahresbezugspreis von 40,— DM inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

14. 11. LV Schleswig-Holstein
Delegiertentag, Rendsburg
14. 11. JU Schleswig-Holstein
Landesausschuß, Neumünster
- 14./15. 11. Mittelstandsvereinigung
der CDU/CSU — Bund
2. Rhetorik-Aufbauseminar,
Heidelberg
- 14./16. 11. CDU — Bund
Klausurtagung der Landes-
geschäftsführerkonferenz,
Kastelruth
15. 11. LV Berlin
64. Landesparteitag, Berlin
15. 11. LV Hessen, Sozialausschüsse
Landestag, Stadtallendorf
- 15./16. 11. JU Rheinland-Pfalz
Landestag, Bingen
21. 11. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
22. 11. LV Schleswig-Holstein
33. Landesparteitag, Eckernförde
22. 11. JU Hessen
Landesausschuß
22. 11. CDU — Bund
Frauenvereinigung
Vorstandssitzung der Europa-
Sektion, Bonn
24. 11. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand
Stuttgart
28. 11. LV Berlin
Landesvorstand, Berlin
28. 11. LV Berlin
Landesausschuß, Berlin
28. 11. CDU — Bund
Frauenvereinigung
Vorstandssitzung, Bonn
28. 11. KPV d. CDU/CSU — Bund
Fachausschuß „Jugend, Familie
und Soziales“ mit Kommission
„Raumordnung und Kommunal-
fragen“ der Europäischen Frauen-
Union
Fachtagung „Seniorenarbeit —
Drittes Lebensalter“, Rodenbach
28. 11. CDU — Bund
Klausurtagung des Präsidiums
- 28./29. 11. KPV/NW
Hauptausschuß, Winterberg
5. 12. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
5. 12. Mittelstandsvereinigung
d. CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand, München
- 5./6. 12. KPV d. CDU/CSU — Bund
Arbeitskreis „Große Städte“
Bundesfachtagung „Parteiarbeit —
Fraktionsarbeit“, Dortmund

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demo-
kratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:**
Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28)
54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstra-
ße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04.
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:**
Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheck-
konto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis:**
jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD